Nushası 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş.
2 „ „ 75 „
3 „ „ 50 „
4 „ „ 30 „

İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland · 1 Monat 1 75 T Pfd 3 Monate 4.75 T Pfd. 6 Monate 8 50 T Pfd, 12 Monate 15 · T. Pfd Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 · R.-Mark, 6 Monate 25 · R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung:
Tekke - Strasse Nr 585-587
Drahtanschr: Turkpost
Fernspr: Pera 209 u 210
Postfach. Galata 209.

5 Jahrgang Nr. 158 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Mittwoch, 11. Juni 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

Vom Tage.

In dem durch Versailles geschmiedeten Ring um Deutschland nimmt Polen für Frankreich die wichtigste Stellung ein. Aber Polen bewies immer schon ds Bestehen, sich von der französischen Politik freizumachen und seine eigenen Wege einzuschlagen. Als 1926 Marschall Pilsudski die Diktatur ergriff, gab es genug einsichtige Franzosen, die voraussagten, dass nun nicht mehr französische, sondern englische Einflüsse in Warschau den Ausschlag geben würden. Aber Polen war zu lange die Lieblingstochter Frankreichs als dass der Stimmungsumschwung von heute auf morgen hätte eintreten können. Es wird auch jetzt noch in Frankreich eine Mehrheit geben, die dem engen Bündnis mit Polen jegliche Verständigungsmöglichkeit mit Deutschland zu opfern gewillt ist. Dennoch macht das Ergebnis einer Umfrage stutzig, die der führende literarische Propagandist Polens in Paris, Casimir Smogorzewski, in der Vierteljahrszeitschrift des Warschauer Aussenministeriums veröffentlicht. Smogorzewski hat schon einmal, und zwar unmittelbar nach dem Locarnovertrag eine direkte Umfrage über Polen veranstaltet. Damals waren die Ergebnisse ausserordentlich schmeichelhaft für Polen, und sie erschienen im Propagandadienst des polnischen Aussenministeriums als Buch in französischer Sprache. Inzwischen aber hat sich doch manches in den französischen Stimmungen geändert. Wie weit dabei der Wunsch nach einem Ausgleich mit Deutschland den Ausschlag gab, muss abgewartet werden. Selbst sehr deutschfeindliche Politiker der französischen Rechten unterziehen Polens Politik einer vernichtenden Kritik. Dass die linksradikalen Freunde Russlands vom Schlage eines Georges Duhamel wie auch die Werber für den Ausgleich wie Deutschland wie Fabre-Luce Graf d'Ornesson usw. Polen als französischen Partner ablehnen, ist verständlich. Aber auch Politiker wie Henry de Jouvenel lassen eine bemerkenswerte Kühle hinsichtlich ihrer Stellung zu Polen durchblicken. Schliesslich bleiben noch die Sozialisten übrig, wo Leon Blum und Jean Lonquet sich als scharfe Kritiker der polnischen Politik erweisen. Ob Polen allerdings aus diesem allmählich sich vollziehenden Stimmungsumschwung eine Lehre für seine künftige Politik herleiten wird, ist wohl fraglich.

* * *

Die Ausweisung des Leiters des Nizzaer Faschistenverbandes und die Auflösung eines italienischen Vereins durch den Präfekten von Nizza wird in der italienischen Presse augenscheinlich auf höheren Wink zunächst mit Zurückhaltung kommentiert, doch dürfte dieses Ergebnis nicht geeignet sein, die tatsächliche Stimmung gegenüber Frankreich zu bessern. Das „Giornale d'Italia" sieht die Ausweisung des Faschisten als einen neuen Beweis dafür an, dass dem von den französischen Kartellisten geführten Feldzug gegen den Faschismus auch von Amtsstellen entsprochen wird.

Das „Giornale d'Italia" veröffentlicht eine Unterredung mit einem der Inspektoren der Faschistischen Verbände im Ausland, der sich über die unerfreuliche Lage der Faschisten in Frankreich beschwert. Es genüge, daran zu erinnern, dass in Frankreich am meisten Auslands-Faschisten gefallen sind, was allerdings durch die unbegrenzte Freiheit, die die italienischen Antifaschisten dort geniessen, zu erklären sei. Die Faschistenverbände in Frankreich seien den französischen Bestrebungen zur Entnationalisierung der italienischen Arbeiter gewiss nicht geneigt. Wenn aber Frankreich aus den Italienern Franzosen machen wolle, so müsse es auf eine Ablehnung italienischerseits gefasst sein. Eine Einmischung in die französische Politik seitens der Faschistenverbände liege aber nicht vor. Jedenfalls wird auch dieser Zwischenfall nicht zur italienisch-französischen Annäherung beitragen.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.78 Piaster.

Hochspannung in Moskau.

Moskau, 10. Juni

Die Spannung in Moskau ist in ständigem Steigen begriffen. Die Parteizellen, in denen die Thesen der Berichte, die auf dem bevorstehenden Parteikongreß erstattet werden sollen, zur Diskussion stehen, halten sogar Nachtsitzungen ab. Vielfach verlaufen die Parteizellenversammlungen überaus stürmisch und nehmen mehrere Tage in Anspruch. Die Rechtsopposition stößt immer weiter vor. Die „Prawda" schreibt, die Rechtsoppositionellen „erklären die Linie des Zentralkomitees der Partei für bankerott". Das Zentralkomitee und dessen Führer, d. h. Stalin, seien allein an allem schuld. Der Mittelbauer sei künstlich, durch Unteroffiziersmethoden in die Kollektivwirtschaften hineingetrieben worden. Die Politik der Partei beschränke sich auf „schwindelerregende Pläne und Sprünge ins Ungewisse". Gleichzeitig verlangt die Rechtsopposition weitere Zugeständnisse an die Bauern, umsomehr als die Liquidation der Kulaken als Klasse verfrüht sei. In der Parteizelle der Moskauer Handelsakademie erklärten die Rechtsoppositionellen Andrejewa und Swirtschenko, daß man keine Sicherheit dafür habe, daß das Zentralkomitee auch nicht weiter Fehler begehen könne, die es später nicht anerkennen würde. Auch zu Lebzeiten Lenins habe sich das Zentralkomitee vielfach geirrt, doch hätten damals Lenin und die Parteileitung stets ihre Fehler eingestanden. Das Zentralkomitee müsse kritisiert und es müßten Maßnahmen getroffen werden, um neuen Fehlern des Zentralkomitees in der Zukunft vorzubeugen. Die Anhänger des Zentralkomitees nannten die beiden rechtsoppositionellen Redner Feiglinge.

Gleichzeitig lüftet die „Prawda" den Schleier über die Vorgänge in der Moskauer Parteiorganisation, der wichtigsten Ortsgruppe der Partei. Sie beschuldigt die bisherigen Führer der Ortsgruppe rechtsoppositioneller Abirrungen, wobei diese Führer die Organisation dem Zentralkomitee entgegenstellen wollen. Die Moskauer Ortsgruppe hätte jedoch gleichzeitig auch „Linksabirrungen" begangen, und zwar habe sie neben der Liquidation der Kulaken als Klasse auch die „neue städtische Bourgeoisie" liquidieren wollen. Dies hätte zu einer Aufhebung der Neuen Wirtschaftspolitik, des NEP, geführt. „Unnütze und schädliche Attacken gegen den privaten Kleinhandel, die private Heimindustrie und die bäuerlichen Wochenmärkte" seien von der Moskauer Ortsgruppe unternommen worden, die auch von dem Wunsch beseelt worden war, die eigentlichen Getreidegebiete bei der Kollektivierung zu überflügeln, wodurch die „Linksabirrungen" besonders „häßliche Formen" angenommen hätten. Diese Angriffe gegen die Moskauer Ortsgruppenleitung berühren umso eigenartiger, als mehrere Führer der Moskauer Parteiorganisation gleichzeitig im Zentralkomitee der Gesamtpartei sitzen, sodaß die Parteileitung mit Stalin an der Spitze unmöglich über diese „Linksabirrungen" nicht informiert gewesen ist.

Auswanderung aus der Schweiz 1929.

Aus der Schweiz wanderten 1929 4 608 Personen aus (im Vorjahre 4 800), doch ist, wie das Berner Auswanderungsamt mitteilt, der Auswanderungsdrang nicht geringer geworden. Unter den Herkunftskantonen steht wieder Zürich an der Spitze es folgen mit Abstand Bern, St. Gallen, Tessin, Waadt, Genf, Basel-Stadt, Luzern usw. Unter den Einschiffungshäfen führt Cherbourg; es folgen in geringem Abstand Bremen, Genua, Hamburg, Marseille, Antwerpen, Boulogne. Unter den Zielländern stehen die Vereinigten Staaten mit 2291 Auswanderern obenan; es folgen Afrika (720), Kanada (582), Argentinien (344), Brasilien (192), Asien (190) usw. Den Berufen nach stehen an erster Stelle die Landwirte mit 1447 Auswanderern; es folgen Industriearbeiter mit 907, Kaufleute 736, Verwaltung usw. 458, Dienstboten 476, Hotelangestellte 362 usw. — Zwecks Förderung der Schweizer Kolonisation im Ausland wurde ein Vertrag mit der „Compania Eldorado" in Buenos Aires bzw. Misiones geschlossen.

Türkisch-griechische Einigung.

Unterzeichnung des Abkommens.

Ankara, 10. Juni.

Das Abkommen zwischen der Türkei und Griechenland ist heute mittag hier zwischen dem Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej und dem griechischen Gesandten Polychroniadis unterzeichnet worden.

Die wichtigsten Punkte des Vertrages sind die folgenden:

1) Alle Immobilien und Wertgegenstände, die die Ausgetauschten in der Türkei bezw. in Griechenland zurückgelassen haben, gehen als Eigentum in den Besitz der betreffenden Länder über.

2) Die in den Banken noch befindlichen und durch die beiden Staaten in Beschlag genommenen Wertgegenstände der Ausgetauschten werden 15 Tage vom Datum der Unterzeichnung des Vertrages (? d. Red.) ihren rechtmässigen Besitzern zurückerstattet.

3) Das Eigentum und die Immobilien der Mohammedaner, die durch die Bekanntmachung Nr. 9 eine Begünstigung erhalten haben, fallen dem griechischen Staat zu, ausgeschaltet hiervon sind diejenigen Immobilien, die den Besitzern der verlassenen Güter zurückerstattet worden sind und sich noch heute in deren Besitz befinden und von denselben benützt werden.

4) Die in Griechenland befindlichen Immobilien von Mohammedanern türkischer Staatsangehörigkeit fallen dem griechischen Staate zu, ausgenommen hiervon bleiben diejenigen Immobilien, die ihren Besitzern bereits zurückgegeben wurden und von denselben benützt werden.

5) Der Gegenwert der in den Besitz des griechischen Staates übergegangenen Immobilien wird den im griechischen Inland verbliebenen Besitzern ausgezahlt. (? d. Red.)

6) Die Immobilien der griechischen Staatsangehörigen, die sich ausserhalb der Austauschzone von Stambul befinden, fallen dem türkischen Staate zu, ebenso werden die griechischen Güter, die nach dem Inkrafttreten des Lausanner Vertrages in Beschlag genommen und liquidiert worden sind, Eigentum des türkischen Staates.

7) Die Besitzrechte griechischer Staatsangehörger auf Immobilien innerhalb der Zone von Stambul werden durch diesen Vertrag nicht beeinträchtigt.

8) Die Türkei erkennt die Niederlassungsrechte ihrer griechisch-orthodoxen Untertane, die gegenwärtig in Stambul sind, an, wobei es gleich bleibt, wo sie geboren und wann sie nach der Türkei gekommen sind. Die Türkei erkennt gleichfalls die Niederlassungsrechte der Nichtaustauschbaren an, die Stambul mit einem durch eine türkische Behörde ausgestellten Pass verlassen haben. Ehefrauen, unmündige Kinder und mündige aber unverheiratete Töchter eines niederlassungsberechtigten Familienvaters haben das Recht zu dem in Stambul wohnhaften Familienvater zu ziehen. Auch ist die verwitwete Mutter eines niederlassungsberechtigten mündigen Sohnes berechtigt, zu ihrem in Stambul wohnhaften Sohn zu ziehen.

9) Die bestehenden Verordnungen gegen diese eben genannten Personen bezüglich Heirat, An- und Verkauf von Immobilien und freies Reisen werden aufgehoben.

10) Die in der Türkei befindlichen Immobilien und Werte von nichtaustauschbaren Griechen, die Stambul verlassen haben, aber nach Art. 28 (? d. Red.) dieses Vertrages in der Türkei nicht zurückkehren sollten, sowie die ausserhalb der Zone von Stambul liegenden Immobilien der ausgetauschten Griechen, die gegenwärtig in Stambul anwesend sind oder dazu die Berechtigung haben, fallen dem türkischen Staate zu. Die in der Zone von Stambul liegenden Immobilien dieser Personen sind hier nicht einbegriffen und die Beschlagnahme derselben wird sofort aufgehoben.

11) Die Niederlassungsrechte der in Westthrakien ansässigen Mohammedaner griechischer Staatsangehörigkeit gleichwo und wann sie geboren sind, werden vom griechischen Staat anerkannt und sie werden in Griechenland dieselben Rechte geniessen wie die Griechen in der Türkei.

12) a) Die in Griechenland befindlichen Immobilien und Werte von Mohammedanern, die Westthrakien verlassen und ihre Rückkehrrechte verloren haben,

b) die ausserhalb der Zone von Westthrakien befindlichen Immobilien und Werte von Mohammedanern, die sich gegenwärtig in Westthrakien aufhalten oder Rückkehrrechte dorthin besitzen,

c) die in Westthrakien befindlichen und auf der im Juni der Gemischten Austauschkommission durch die griechische Delegation überreichte Liste eingetragenen Immobilien,

d) 7000 Dönum Land, das in einem Anhang zu diesem Vertrage näher bezeichnet ist,

fallen dem griechischen Staate zu.

Die Besitzrechte der gegenwärtig in Westthrakien weilenden Mohammedaner und von Personen, die keine Rückkehrrechte erhalten werden, auf in Westthrakien befindliche Immobilien, die mit den obengenannten Fällen keinen Zusammenhang haben, werden keines wegs beeinträchtigt und eine Beschlagnahme dieser Immobilien wird sofort aufgehoben.

13) Beide Staaten verzichten auf das Recht auf irgend eins der Immobilien der obengenannten Personen oder auf Einnahmen aus denselben irgend welche Ansprüche zu erheben.

14) Gemäss Art. 3 des Beschlusses Nr. 28 der Gemischten Austauschkommission wird jeder der Staaten die Einziehung der Mietsgelder und anderer Einkassierungen mit seinen Untertanen unmittelbar erledigen.

15) Griechenland wird innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages der Gemischten Austauschkommission 425.000 £ zur Verfügung stellen. Die Gemischte Austauschkommission wird davon 150.000 £ an die nichtausgetauschten Griechen in Stambul als Entschädigung der ausserhalb der Zone von Stambul gelegenen Immobilien und an die das Rückkunftsrecht verloren habenden Griechen als Entschädigung verteilen. Die Gemischte Austauschkommission wird weitere 150.000 £ an die Mohammedaner zur Verteilung bringen, deren Immobilien auf Grund dieses Vertrages in den Besitz des griechischen Staates übergegangen sind. Die restlichen 125.000 £ werden von der Gemischten Austauschkommission in drei Raten dem türkischen Staat zur Verfügung gestellt.

Die griechische Regierung wird der Gemischten Austauschkommission weiter einen Betrag von 15.000 £ zur Verfügung stellen, der zur Entschädigung derjenigen Mohammedaner dienen soll, die ihre Immobilien in Westthrakien aus bestimmten Gründen nicht zurückerhalten können.

17) Beide Staaten verpflichten sich, Griechenland diejenigen Griechen als griechische Staatsangehörige anzuerkennen, die ihr Rückkunftsrecht verloren haben, wie beispielsweise diejenigen, die Stambul ohne einen von einer türkischen Behörde ausgestellten Pass verlassen haben und sich gegenwärtig ausserhalb der Türkei befinden, die Türkei diejenigen Mohammedaner als türkische Staatsangehörige anzuerkennen, die ihr Rückkunftsrecht verloren haben, wie beispielsweise diejenigen Mohammedaner, die Westthrakien ohne einen von einer griechischen Behörde ausgestellten Pass verlassen haben und sich gegenwärtig ausserhalb Griechenlands befinden.

Personen, die hierdurch eine neue Staatsangehörigkeit erhalten haben, verlieren damit ihre sämtlichen Rechte gegenüber dem anderen Staat.

18) Beide Staaten übergeben die Durchführung dieses Vertrages der Gemischten Austauschkommission.

19) Sollte bei der Durchführung dieses Vertrages eine Uneinigkeit entstehen, so liegt die Entscheidung bei den neutralen Mitgliedern der Gemischten Austauschkommission. (Akscham)

Adolf von Harnack †.

Berlin, 10. Juni.

Der Präsident der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Prof. Adolf von Harnack ist heute im Alter von 79 Jahren verstorben.

Griechenland und die Balkan-Conföderation.

Athen, 10. Juni (A.A.)

Die Kammer hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Papanastasiu lobte in einer Rede die Bildung einer Balkan-Conföderation, welche, wie er sagte, die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa erleichtern würde. Er betonte die Nützlichkeit eines Kongresses der Balkanstaaten und fragt die Regierung ob sie bereit wäre, den Saal der Nationalversammlung für diesen Kongress zur Verfügung zu stellen. Weniselos versicherte seine Sympathie für die Idee dieses Kongresses, erklärte aber, dass die Regierung an einem derartigen Kongress nicht offiziell teilnehmen wird, da sie diese Frage für noch nicht genügend reif betrachte. Die Zurückhaltung der Regierung werde indessen nicht verhindern, dass die Kammer ihren Sitzungssaal zur Verfügung stelle.

Wechsel im japanischen Marineministerium

Tokio, 10. Juni (A.A.)

Ein Wechsel des Vizeministers, des stellvertretenden Chefs des Marinegeneralstabes und von hohen anderen Persönlichkeiten in der Marine ist offiziell bekanntgegeben worden. Was noch nicht offiziell bestätigt ist, ist das Gerücht, dass an Stelle des Admiral Kato ein Offizier in Aussicht genommen ist, der zu dem Kabinett in keinem Gegensatz steht. Man glaubt, besonders der Marineminister, dass ein weiterer Wechsel im Offizierkorps der Marine notwendig sein wird, damit Admiral Kato in seinem Kampf gegen das Londoner Flottenabkommen auf grössere Schwierigkeiten stösst.

Abberufung des Pariser rumänischen Gesandten.

Paris, 10. Juni (A.A.)

Der hiesige rumänische Gesandte, Diamandi, hat Weisung erhalten, sich nach Bukarest zu begeben.

Internationale Arbeitskonferenz eröffnet.

Genf, 10. Juni.

Die 14. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde heute eröffnet.

Aus Spanien.

Madrid, 10. Juni (A.A.)

Das Dekret, das den Gebrauch des katalanischen Dialektes verbot, ist aufgehoben worden.

Madrid, 10. Juni (A.A.)

Die Polizei entdeckte eine Falschmünzerwerkstätte. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Madrid, 7. Juni (A.A.)

Die Ueberschwemmungen in den Provinzen dauern fort. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. In den meisten Ueberschemmungsgebieten ist die Ernte vollständig zerstört worden.

Der Krakatau wieder in Tätigkeit.

Paris, 8. Juni

Nach einer Meldung aus Batavia ist der Krakatau wieder in Tätigkeit getreten. In den letzten Tagen sollen sich die Ausbrüche in erschreckendem Masse verstärkt und teilweise 60 Ausbrüche in der Minute erreicht haben. Die neue Insel Anak Krakatau, die seit einigen Monaten verschwunden war, ist plötzlich wieder aufgetaucht.

Neuer Höhenweltrekord.

Washington, 10. Juni (A.A.)

Der amerikanische Flieger Souket hat mit seinem Flugzeug eine Höhe von 13.150 m erreicht und damit den bisher gültigen Weltrekord geschlagen.

Riesenfälschungen von Schecks.

Buenos Aires, 10. Juni (A.A.)

In einer Bank wurde ein Fehlbetrag von 524.000 Pesos entdeckt. Die Untersuchung ergab, dass auf chemischem Weg gefälschte Schecks ausbezahlt wurden, wodurch dieser Fehlbetrag entstanden ist.

Ein halbes Jahrhundert deutsche Schutzarbeit.

Die geschichtliche Bedeutung der V.D.A.-Bewegung.

Von Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, Gesandter z. D., Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Auslande.

Wenn in den Pfinsttagen dieses Jahres die Führer der grossen deutschen Schutzvereinsbewegung sich mit den Vertretern unseres Aussenvolkstumes und vielen Tausenden von Festbesuchern, Männern, Frauen und den Abordnungen der deutschen Jugend aus allen deutschen Gebieten des Inlandes und des Auslandes in Salzburg zusammenfinden, so gilt es nicht nur das übliche Frühlingstreffen der volksdeutschen Bewegung zu begehen, sondern sich daran zu erinnern, dass vor 50 Jahren weitblickende deutsche Männer sich in Oesterreich wie im Reiche zusammenschlossen, um den in den Grenz- und Aussengebieten bedrohten Brüdern wirksam zu helfen. Aus der zunächst bescheidenen Hilfsarbeit dieser Männer ist eine grosse, Millionen von Anhängern umfassende Bewegung geworden, die auch in der europäischen Politik auf einem anderen Geleise, als Nationalitätenbewegung, eine für das Schicksal unseres Erdteils entscheidende Bedeütung gewonnen hat.

Durch die ganze Geschichte der Schutzvereinsbewegung, besonders der V. D. A.-Bewegung im Reich, zieht sich das Bestreben, eine bestimmte, heute noch verfolgte Linie innezuhalten: Beschränkung auf Kulturerhaltung, Vermeidung jeder staatspolitischen Stellungnahme, unbedingte Neutralität gegenüber Konfession und politischen Parteien.

Wenn man heute zurückschauend die Geschichte der Schutzvereinsarbeit liest, so fällt es auf, dass alle die Gedanken, zum Teil bis in die Formulierungen hinein, die in der Nachkriegszeit geprägt wurden und sich durchzusetzen begonnen haben, bereits geistiges Eigentum der Gründer und Führer der Schulvereinsbewegung gewesen sind. Es ist tragisch, zu verfolgen, wie vor Jahrzehnten schon Männer wie Böckh, Theobald Fischer, der Historiker Wattenbach und viele andere sich meist vergeblich bemüht haben, die Beziehungen zwischen Staat und Volk abzugrenzen und dafür Verständnis beim deutschen Volke und bei den Regierungsstellen zu gewinnen. Das Volk, das in rein staatlichem Denken befangen war, versagte in seiner Masse die Gefolgschaft, die Regierungsstellen zeigten kühle Ablehnung oder zum mindesten Zurückhaltung. Für das Volk war nur der ein Deutscher, welcher innerhalb der deutschen Reichsgrenzen lebte, für die Regierungsstellen war die kulturelle Verbindung mit fremden Staatsbürgern deutscher Nation eine unliebsame Störung der staatlichen Beziehungen. Bismarck hat bei dem ersten Zusammenstoss mit der ungarischen Regierung in der Siebenbürgener Frage sich in seinen Instruktionen an den deutschen Generalkonsul in Budapest sehr ablehnend geäussert: „In einem Verein kann ein Professor mehr reden, als zehn Minister verantworten können . . ." Immerhin klingt in Bismarcks Anweisung eine gewisse Sympathie für die deutschen Volksgenossen durch. Viele Jahre lang versagte man dem Verein in Deutschland das Recht der behördlichen Eintragung. Auch gegen politische Richtungen grenzte sich der Schulverein entschieden ab. Eben weil der Verein eine ruhige, sachliche, unpolitische Arbeit verfolgte, gewann der Alldeutsche Verband einen viel stärkeren Zulauf und riss sogar einzelne Landesverbände des Vereins an sich.

Der Krieg breitete die Gesinnungswandlung im Volke wie bei den Regierungsstellen vor. Deutsche Soldaten erlebten auf den verschiedensten Fronten die Tatsache, dass Volksangehörigkeit und Staatsangehörigkeit zwei verschiedene Dinge sind. In den baltischen Ländern, in Polen, Galizien, im Banat, in Siebenbürgen, in der Ukraine, am Schwarzen Meer, als Kriegsgefangene